



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2017, Biel

Teresa Matteo, Sektorleitung Industrie Unia

(Es gilt das gesprochene Wort)

Geschätzte Kameradinnen, geschätzte Kameraden

Was ist los mit unseren westlichen Demokratien?

Ist es nicht bedenklich, dass in den westlichen Ländern Präsidentschaftswahlen mit Hetzerei, Fremdenhass und Abschottung gewonnen werden? Meint der neu gewählte US-Präsident Trump wirklich, dass unter anderem die Zuwanderung für die verlorenen Jobs verantwortlich ist? Auch in Europa wird die Liste der Populisten immer länger, nur um einige zu nennen: in Frankreich Le Pen, in Deutschland Petry, in den Niederlanden Wilders und in Ungarn Orban. In der Schweiz heissen sie Blocher, Köppel und Glarner.

Eines haben sie alle gemeinsam: Ihre Feindbilder heissen Migration, Zuwanderung und Flüchtlinge. Sie geisseln auf das schwächste Glied ein und machen die Zuwanderung für unsere Probleme verantwortlich. Die Frage der Zuwanderung hat tiefe Gräben durch unsere Gesellschaften gerissen. Wollen wir aber wirklich in einer Welt leben, in der Fremdenhass und Rassismus den Takt angeben? Wollen wir ein Europa der Abschottung und Isolation? Wollen wir uns auch in der Schweiz zumauern anstatt zu versuchen, Brücken zu bauen?

Nein! Das wollen wir nicht!

In dieser Gesellschaft darf es nicht nur Platz für die Superreichen geben, welche sich alles nehmen können. Wir wollen doch friedlich in einer Gesellschaft leben, in der Werte wie Toleranz, Freiheit und Solidarität herrschen. Denn es gibt Menschen, die werden ein Leben lang benachteiligt sein. Sie verrichten so genannte Tieflohnjobs wie Küchenhilfen, Reinigungsmitarbeitende, Bauarbeiter und Hilfskräfte in Fabriken.

Einige von ihnen müssen Ende Monat noch aufs Sozialamt gehen. Denn der tiefe Lohn reicht nicht aus, um Mieten und Krankenkassen zu bezahlen und um über die Runden zu kommen. Und sobald eine Wirtschaftskrise aufkommt, sind sie die ersten, die ihre Stellen verlieren.

Viele dieser Jobs in den Fabriken gibt es ja schon lange nicht mehr, denn diese wurden durch Automatisationsprozesse und teure Maschinen ersetzt. Wo einst viele Arbeiterinnen und Arbeiter waren, haben längst Maschinen Einzug gehalten.

Dabei bleibt weitgehend unbeachtet, dass ohne die eingewanderten Migrantinnen und Migranten der Wohlstand – in dem wir heute leben – nicht möglich gewesen wäre. Denn die Migrant/innen und Schweizer/innen haben gemeinsam die Infrastruktur, Strassen und Häuser gebaut. Sie haben geholfen, unsere Industrien aufzubauen.

Zugespielt hat sich die Lage seit dem 15. Januar 2015. Als die SNB den Euro-Mindestkurs aufgegeben hat, haben viele Unternehmen die Gunst der Stunde genutzt und Arbeitszeiterhöhungen eingeführt. Mehr arbeiten für den gleichen Lohn, das ist eine Lohnreduktion. Weiter wurden Restrukturierungen vorgenommen. Die bürgerlichen Parteien schauen einfach tatenlos zu, wie seither über 40'000 Stellen vernichtet wurden. Und es ist kein Ende in Sicht.

Das Rezept der Bürgerlichen: Der Markt wird es schon richten. Ihre Profitgier ist wirklich grenzenlos. Viele Menschen haben dadurch ihre Jobs und Existenzen verloren. Ältere Mitarbeitende und schlechter Qualifizierte haben Mühe, eine neue Stelle zu finden.

Wir fordern eine Wirtschaft, in der Chancengleichheit für alle Mitarbeitende herrscht. Es soll selbstverständlich sein, dass sich alle Mitarbeitenden – egal welches Geschlecht und welche Nationalität – weiterentwickeln und weiterbilden können. Es darf nicht sein, dass sich nur Arbeitnehmende weiterbilden können, die genug Geld im Portemonnaie haben.

Die Aufgabe jedes Gewerkschafters / jeder Gewerkschafterin muss sein, weiterhin gute GAV und gute Mindestlöhne auszuhandeln, von denen die Arbeitnehmenden gut leben können. Eine Forderung muss auch sein, einen Kündigungsschutz für ältere Mitarbeitende einzuführen.

Viele Arbeitnehmende, welche Glück hatten und nicht von Restrukturierungen betroffen waren, sind zunehmend einem grossen Leistungsdruck ausgesetzt. Die Forderung nach mehr Flexibilität und in weniger Zeit immer mehr zu leisten, macht die Menschen krank. Der Mitarbeitende muss jederzeit erreichbar sein. Das ist unerträglich geworden. Es muss eine Abgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit geben.

Deshalb: Hände weg von meiner Freizeit, meine Freizeit gehört mir! Sonst gehen unsere Familien kaputt.

Heute sind immer mehr Frauen erwerbstätig. Wenn die Frauen Kinder haben und erwerbstätig sind, zahlen sie einen hohen Preis. Die Mütter reiben sich auf zwischen Familie und Beruf. Und die viel zitierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet vor allem eins: ganz viel Stress. Und der Lohn stimmt auch nicht. Frauen verdienen für die gleiche Arbeit immer noch 20 Prozent weniger als Männer.

Wie lang müssen die Frauen eigentlich noch warten, bis der Verfassungsartikel, den es seit 1981 gibt, und das Gleichstellungsgesetz, das auch schon über 20 Jahre alt ist, umgesetzt werden? Wenn es in diesem Tempo weitergeht, sind wir alle tot, bis die Lohngleichheit umgesetzt ist!

Jetzt muss sofort etwas geschehen!

Denn die bundesrätliche Reform des Gleichstellungsgesetzes, die im Herbst ins Parlament kommt, reicht bei Weitem nicht! Welchen Sinn macht es, wenn die Unternehmen ihre Löhne zwar überprüfen, es aber keine Pflicht gibt, festgestellte Lohndiskriminierung zu beheben und keine Sanktionen vorgesehen sind?

Wir wollen und werden aber nicht weiter warten.

Wir fordern Lohngleichheit subito! Falls nötig, werden wir eine entsprechende Volksinitiative lancieren. Es braucht verbindliche und griffige Lohnkontrollen. Diskriminierende Löhne müssen zwingend angepasst werden. Und Unternehmen, die das Gesetz nicht einhalten, sollen bestraft werden. Die Lohngleichheit ist ein Verfassungsauftrag und kein Geschenk für die Frauen!

Denn die Diskriminierung geht auch im Alter weiter und hat nach der Pensionierung besonders gravierende Folgen für die Frauen. Menschen die ein Leben lang gearbeitet haben, sollen ihren Lebensabend in Würde verbringen können. Es kann nicht sein, dass viele Menschen im Alter von Ergänzungsleistungen abhängig sind.

Für die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien ist die Einführung der AHV eine Errungenschaft, für welche unsere Vorfahren jahrzehntelang gekämpft haben. Trotz verschiedener Angriffe der bürgerlichen Parteien konnten die Renten stets ausgebaut werden.

Den bürgerlichen Parteien ist die Altersvorsorge seit Langem ein Dorn im Auge. Seit den letzten Nationalratswahlen, als die SVP und die FDP bei den Wahlen zugelegt haben, sahen sie den Zeitpunkt endlich gekommen, ihre neoliberalen Rezepte durchzusetzen und den Sozialstaat zurückzustutzen. Für die Arbeitgeber ist «ein Aufblähen der AHV-Leistungen» schlicht «nicht vorstellbar». Sie setzen auf Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und wollen vielmehr die 2. und 3. Säule stärken. Denn auf das Geld der 2. und 3. Säule sind sie gierig. Dieses Geld können Finanzhaie nämlich anlegen und verzocken!

Und wir werden ihnen eine Absage erteilen!

Wir wollen eine starke Altersvorsorge. Und mit der Rentenreform 2020 haben wir eine Chance, die Altersvorsorge auszubauen. Mit der Altersvorsorge 2020 werden erstmals seit über 40 Jahren die AHV-Renten substantiell erhöht.

Wir dürfen diese Reform 2020 nicht auf die Erhöhung des Frauenrentenalters reduzieren. Die Erhöhung des Rentenalters ärgert mich persönlich übrigens auch! Aber bei einer Annahme der Rentenreform 2020 ist nämlich die Diskussion über das Rentenalter 67 vom Tisch.

In der Zwischenzeit müssen wir unsere Kräfte bündeln und weiterhin vereint für unsere Anliegen kämpfen. Auch in Zukunft werden wir unsere Rechte und Werte verteidigen müssen.